

Die Zukunft der deutschen Stadt: Schrumpfung oder Wachstum?

Dr. Albrecht Göschel
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)
Karsten Gebhardt
(Vorstandsmitglied Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Diskussionspapier Nr. 35
August 2004

Die Zukunft der deutschen Stadt: Schrumpfung oder Wachstum?

Dr. Albrecht Göschel
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)
Karsten Gebhardt
(Vorstandsmitglied Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Diskussionspapier Nr. 35 August 2004

Kontakt: Bielefeld 2000plus
Geschäftsstelle
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
Universität Bielefeld
Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld
Tel.: 106 - 48 74
Fax: 106 - 64 25
Email: bi2000plus@wiwi.uni-bielefeld.de
www.uni-bielefeld.de/bi2000plus

VORWORT

In dieser Reihe sollen in zwangloser Folge Projektberichte publiziert werden, die entweder in einem engen regionalen Bezug zu Bielefeld stehen oder aber regionenübergreifende zukunftsweisende Themen ansprechen.

Diese Veröffentlichungen sind Teil des langfristig angelegten Projektes „Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region“, das sich mit den Zukunftsperspektiven der Region beschäftigt und gemeinsam von der Universität Bielefeld und von der Stadt Bielefeld getragen wird. Im Herbst 1997 sind hierfür mehrere Arbeitsgruppen für die Bereiche Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit eingerichtet worden, in denen Wissenschaftler der Universität Bielefeld gemeinsam mit Vertretern verschiedener Institutionen und Organisationen der Stadt Bielefeld Fragestellungen bearbeiten, die die Zukunftsfähigkeit der Region betreffen.

Wir danken allen, die das Projekt unterstützt und die Herausgabe dieser Diskussionsarbeitsreihe finanziell gefördert haben.

Bielefeld, Oktober 2002

Prof. Dr. J. Frohn (Universität Bielefeld)
K. Gebhardt (Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Vorliegender Vortrag wurde von Dr. Albrecht Göschel am 17. Juni 2004 im Rahmen des Kolloquiums von Bielefeld 2000plus in der Volkshochschule Bielefeld gehalten.

Megatrends: Wohin entwickeln sich die Städte?

Bereits im Titel dieses Beitrags steckt die Annahme, es seien langfristige Prognosen oder Trendaussagen möglich, die ein einigermaßen verlässliches Bild von der Zukunft der Städte liefern können. Selbstverständlich muss sich Planung ein Bild, eine Vorstellung von der Zukunft verschaffen. Wie sollte sie sonst planen? Aus schmerzlichen Erfahrungen mit Zukunftsaussagen ist die Zunft der Stadtplaner aber vorsichtig geworden und scheut zurück vor allzu kühnen Vorgriffen weit in die Zukunft hinein. Zweifellos gibt es einige Trends, z. B. der demographischen Entwicklung, die mit hoher Sicherheit, mit geringem Fehlerrisiko in die Zukunft verlängert und zur Grundlage von Stadtentwicklung erklärt werden können. Bei anderen, für Stadtentwicklung nicht minder relevanten Tendenzen, z. B. beim Wertewandel, bei technologischen Entwicklungen, Arbeitsformen usw., wird man aber man aber gut beraten sein, gegenüber langfristigen Aussagen erhebliche Vorsicht walten zu lassen.

Dass es andererseits sinnvoll, ja geradezu zwingend ist, Planung mit langfristiger Perspektive zu betreiben, scheint unstrittig zu sein. Die Lebensbedingungen in modernen Industriegesellschaften sind unausweichlich mit langfristigen Folgen z. B. für die Umwelt oder in der demographischen Entwicklung verbunden, und diese Folge zu beherrschen kann nur mit entsprechendem Zeithorizont auch in Planung und Politik gelingen, so sollte man meinen. Dennoch wirken eben diese modernen Gesellschaften in eigenartiger Weise zukunftsblind. Es fällt ihnen schwer, planerisch in weitere Zukunftsräume vorzugreifen, und dies, wie sich bei näherem Hinsehen zeigt, aus durchaus plausiblen, nachvollziehbaren Gründen, die sich in ihrer Gesamtheit nachgerade zu einem Zukunftsdilemma verdichten.

Zuerst einmal besteht ein Wissensdilemma. Moderne Gesellschaften erneuern das verfügbare und alle Lebensbedingungen beeinflussende Wissen mit ständig wachsender Geschwindigkeit. Dieses zukünftige Wissen können wir heute noch nicht wissen. In Gesellschaften, in denen sich also Wissen mit wachsender Geschwindigkeit erneuert und gegenwärtiges Wissen unbrauchbar und entwertet wird, dehnt sich überschaubare Zukunft nicht etwa aus, sondern verkürzt sich ständig. Wir werden blind für die Zukunft, die wir nicht mehr durchschauen können. Diese undurchschaubare Zukunft, also das, was eigentlich „Zukunft“ ist, rückt nicht etwa weiter hinaus, sondern immer näher an Gegenwart heran. Anders ausgedrückt: Gegenwart als die überschaubare Zeit verkürzt sich ständig. Hermann Lübke hat vielfach auf dieses Dilemma verwiesen.

Als zweites besteht für - politische - Planung mit weitem Zeithorizont offensichtlich ein Demokratiedilemma. Einerseits muss sie den langfristigen Folgen gegenwärtigen Handelns gerecht werden. Andererseits ist Politik an den Grundsatz gebunden, ihr Handeln vor der Bevölkerung zu legitimieren, die von diesen Handlungen betroffen ist. Politische Entscheidungen mit weiter Zukunftsperspektive treffen aber eine Bevölkerung, die entweder noch nicht wählt oder noch gar nicht geboren ist, an den Entscheidungen also offensichtlich nicht partizipieren, sie nicht legitimieren kann. Und die gegenwärtig politisch aktive Bevölkerung einschließlich ihrer

politischen Repräsentanten handelt - völlig zu Recht - nach gegenwärtigem Interesse, das mit dem nachgeborener Generationen aber nicht unbedingt identisch sein muss, es unter Umständen nur in Ausnahmesituationen sein kann. In den Arbeiten von Fritz Scharpf finden sich wiederholt Hinweise auf dieses Dilemma.

Und zukunftsorientierte politische Planung ist mit einem dritten Dilemma konfrontiert, das man als Innovations- oder Akteursdilemma bezeichnen könnte. Planung politischer Akteure - und die Kommunen gehören offensichtlich zu diesen - ist an durchschaubare, geregelte und rechtlich abgesicherte Verfahren gebunden. Solche Verregelungen und Verrechtlichungen, wie sie für Politik und Planung verpflichtend sind, basieren auf gegenwärtigem Wissen und gegenwärtigen Werthaltungen und Normen. Sie sperren sich gegen Neues, gegen Innovation, sind also in hohem Maße innovationsfeindlich. Planung und Politik für die Zukunft erheben aber den Anspruch, Neues zu fördern und möglich zu machen, Innovationen zu stimulieren und hervorzubringen. Auch wenn Innovation nicht geplant werden kann, sollte doch ein Umfeld, eine Atmosphäre der Erneuerung, ein kreatives Klima oder kreatives Milieu geschaffen werden. Dies aber gedeiht nicht in verrechtlichten und verregelten Verfahren, wie sie die Basis jeder politischen Planung bilden müssen. Die Oldenburger Forschungsgruppe Stadt unter der Leitung von Walter Siebel hat in den letzten Jahren wiederholt zu dieser Facette des Zukunftsdilemmas Stellung genommen.

Neben diese drei Facetten des Zukunftsdilemmas, die allgemeine Gültigkeit in modernen, wissensbasierten Gesellschaften beanspruchen können, tritt ein spezifisch historisches Phänomen, das für Deutschland offenbar besonders einflussreich ist, eine wachsende Diskrepanz zwischen erwartbarer und wünschenswerter Zukunft. Noch bis in die 1960er-Jahre schien Zukunft immer von Optimismus erfüllt zu sein, voller Verheißung einer Verbesserung und Steigerung von Lebensqualität in allen Bereichen. Seit Mitte der 1970er-Jahre aber hat sich dies grundlegend gewandelt. Manchen Autoren sprechen gar von einer „deutschen Achsenzeit“, so tief greifend ist der Wechsel der Perspektiven auf Zukunft, die von jetzt an eher pessimistisch, tendenziell sogar katastrophisch gesehen und vorgestellt wird. Auslöser sind offensichtlich bedrohliche Berichte über die ökologische Zukunft, den Ressourcenverbrauch und eine drohende Umweltkatastrophe, die nur abgewendet werden kann, wenn erhebliche Einschränkungen in allen Lebensbereichen durchgesetzt und hingenommen werden. Das tragende Prinzip aller modernen Zukunftsvorstellungen, dass sich für alle Menschen Lebenschancen und Handlungsoptionen erweitern, scheint ins Wanken zu geraten zu sein.

Besonders der Planungsoptimismus der 1960er-Jahre war durch eine Kongruenz zwischen „Kann“- und „Soll-Aussagen“ bestimmt, also eine Übereinstimmung zwischen dem, was faktisch erreichbar sein könnte, und dem, was normativ erreichbar sein sollte. Mitte der 1970er-Jahre tut sich dagegen ein Bruch auf zwischen dem faktisch Möglichen und Denkbaren und dem normative Wünschenswerten. Der Begriff des „Fortschritts“ selbst wird ambivalent. Seine optimistische Konnotation wird überlagert von Aspekten der „Fortschrittsfolgen“, die alle als Belastungen und Bedrohungen erscheinen. Planung mutiert von kraftvollen, heute aber nur noch als naiv wahrgenommenen Zukunftsentwürfen zu Plänen der Milderung oder Vermeidung dieser

insgesamt bedrückend erscheinenden Fortschrittsfolgen. Gegen den Vorwurf der Hybris, der den großen Zukunftsentwürfen entgegenschlägt, tritt eine neue Bescheidenheit beim Versuch, Zukunft planvoll zu entwickeln und zu gestalten. Die „Megatrends der Stadtentwicklung“, wie sie anspruchsvoll im Titel dieses Beitrages genannt werden, zeigen jedoch, dass diese neue Sicht auf urbane Zukunft nicht unberechtigt ist. Gemessen am gegenwärtigen Lebensniveau, an herrschenden Erwartungen an Lebensqualitäten, wirken die erkennbaren Perspektiven durchaus bedrohlich, als Herausforderungen, denen wir eher ungerüstet gegenüberstehen.

Demographischer Wandel

Als erster Trend, der Stadtentwicklung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bestimmen wird oder eher bestimmen sollte, gilt die demographische Entwicklung, die auch als demographische Wende bezeichnet wird, ein Rückgang der Geburtenzahlen auf ein Niveau, das zu einer kontinuierlichen Abnahme der Bevölkerung führen muss. Um das Ausmaß dieser demographischen Wende deutlich zu machen, bietet Herwig Birg (Die demographische Zeitenwende, München 2001, S. 99) ein Rechenbeispiel an, das zwar nicht die ganze Wahrheit darstellt, dennoch aber einen Teil zukünftiger Realität erkennbar werden lässt. Unter der sicher unrealistischen Annahme, dass keine Zuwanderung nach Deutschland erfolgt, könnte die in Deutschland lebende Bevölkerung bei gleichbleibender Geburtenrate von gegenwärtig rund 82 Millionen Menschen bis zum Ende des Jahrhunderts auf etwa 25 Millionen zurückgehen, und selbst mit einer Zuwanderung von 250.000 Migranten pro Jahr, also mehr als gegenwärtigen nach Deutschland einwandern, würde diese Zahl eventuell nur bei etwa 50 Millionen liegen. Um das bereits gegenwärtig als prekär empfundene Verhältnis von Arbeitsbevölkerung zu Nicht-Arbeitsbevölkerung aufrechtzuerhalten, wäre ab sofort eine Zuwanderung von rund einer Million Menschen in das Territorium Deutschlands erforderlich, und niemand wüsste zu sagen, wo diese Einwanderer herkommen sollten, geschweige denn, wie sie in die deutsche Bevölkerung, die Ökonomie oder das Schul- und System der sozialen Sicherungen zu integrieren wären.

Zwar handelt es sich bei diesen Prognosen um langfristige Trends. Demographische Voraussagen dieser Art pflegen aber relativ sicher zu sein. Vor allem mittelfristige Aussagen mit einer Reichweite von 30 bis 50 Jahren sind mit großer Genauigkeit möglich, da sie nur ein bis zwei Generationen umfassen, von denen ja mindestens eine schon lebt. Wenn es gegenwärtig wenige Kinder gibt, also wenig „kleine Mädchen“, um die es hier alleine geht, kann es in 20 bis 30 Jahren offensichtlich auch wenig Mütter geben, die Kinder bekommen könnten. Demographische Zukunftsaussagen über 20 bis 30 Jahre sind hier offensichtlich kaum Zukunfts-, sondern Gegenwartsaussagen. Da überdies die gegenwärtig heranwachsenden jungen Mädchen und Frauen keine großen Neigung zeigen, wesentlich mehr Kinder in die Welt zu setzen als ihre Mütter, wird sich auch die Geburtenrate kaum ändern, so dass mittel- bis langfristige Trends relativ sicher angegeben werden können. Bereits in den letzten 30 Jahren hat jeweils ein Drittel aller Frauen auf biologische Reproduktion verzichtet, so dass bei Fortsetzung dieses Trends von Alterskohorte zu Alterskohorte 30 Prozent weniger Frauen leben, die überhaupt noch Kinder bekommen könnten. Prognostische Berechnungen sind also hier denkbar einfach.

In rund 15 bis 20 Jahren wird dieser demographische Wandel, wenn man die Geburtenzahlen und den Saldo der Wanderungsbewegungen zusammen betrachtet, zu den beschriebenen Einbrüchen der Einwohnerzahlen führen. Um sie zu vermeiden, wäre ab sofort eine gezielte Einwanderungspolitik erforderlich, die jedoch politisch bei angespanntem Arbeitsmarkt und hohen Arbeitslosenzahlen schwer durchzusetzen ist.

Am Problem der rückläufigen Einwohnerzahlen ist die normative Dimension, die zu der genannten skeptischen Sicht auf Zukunft führt, schlagend deutlich zu machen. Kinderlosigkeit ist nur vordergründig eine Frage der Biologie oder der Verfügbarkeit problemloser Verhütungsmittel. Zugrunde liegt ein Wertewandel der Optionserweiterung, in der Wertewandelsforschung auch als Übergang zu Selbstverwirklichungswerten bezeichnet. Bis in die 1960er-Jahre war das Leben in der Familie, als Ehepaar mit Kindern, die weitgehend einzig anerkannte Form moralisch-sittlich angemessener Lebensführung. Mit dem Wertewandel der 1960er-Jahre wird diese als nur eine mögliche Lebensweise relativiert. Daneben treten andere Lebensformen mit der gleichen Anerkennung und Berechtigung. Kinderlosigkeit kann als moralisch unverdächtige Existenzform von jedem Einzelnen, von jeder Einzelnen gewählt werden. Die Optionen haben sich modernitätstypisch erweitert und bieten das, was wir als Lebensqualität unabdingbar erwarten: individuelle Wählbarkeit unterschiedlicher Biographien und Lebensperspektiven. Die kollektiven Folgen dieses „Fortschritts“ auf individueller Ebene äußern sich nun aber in den schwer zu bewältigenden Herausforderungen, die die Perspektive auf Zukunft eher verdüstern.

Übergang zur Wissen- und Dienstleistungsgesellschaft, ökonomischer Wandel

Zwar in historischer Kongruenz, kausal aber unabhängig vom demographischen Wandel vollzieht sich in Deutschland ein Übergang von der klassischen Industrie- hin zur modernen Dienstleistungs- und Wissensökonomie. Wie in allen Volkswirtschaften, die sehr tief in einem Modell verankert sind, ist diese Umorientierung in Deutschland mit erheblichen Brüchen im Arbeitsleben, in individuellen Karrieremodellen, in der Einkommensverteilung usw. verbunden. Es wird erwartet, dass in der ökonomischen Transformation zur Dienstleistungsgesellschaft z. B. stark verregelte soziale Sicherungssysteme und Arbeitsformen erheblich flexibilisiert werden, dass individuelle Risiken zunehmen, dass sich Polarisierungen der Einkommensstruktur ergeben und dass trotz denkbaren wirtschaftlichen Wachstums eine hohe „Sockelarbeitslosigkeit“ auch mit Dauerarbeitslosen bestehen bleiben wird. Soziale Ungleichheiten werden also deutlich zunehmen. Das Anforderungsprofil an die Arbeitskräfte wird sich wandeln. Neben die Notwendigkeit lebenslangen Lernens werden soziale Kompetenz, Risikobereitschaft, individuelle Entscheidungs-, aber auch Kooperationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen aber auch Integrationsbereitschaft in Institutionen treten. Zukünftige Arbeitskräfte werden sich nicht mehr ihr ganzes Berufsleben lang auf einmal erworbene Qualifikationen verlassen können, sondern hohe, aktive Anpassungsbereitschaft an sich ständig wandelnde Bedingungen aufweisen müssen. Traditionell als „weiblich“ bekannte Eigenschaften

werden an Wertschätzung gewinnen, auch und gerade im Berufsleben, während sich pauschal als „männlich“ qualifizierte Persönlichkeitsmerkmale zunehmend als hinderlich erweisen könnten; und es werden die schlecht ausgebildeten, jungen Männer mit traditionell männlichem Habitus sein, die ökonomisch und politisch zur „Problemgruppe“ mutieren könnten.

Auch in diesem Wandel zeigt Modernität ihr Janusgesicht. Industrieproduktion bleibt sicher die Basis moderner Volkswirtschaften. Rationalisierung vernichtet aber Arbeitsplätze, vor allem die wenig angenehmen schwerer körperlicher Arbeit in Produktionsanlagen. Neu entstehende Dienstleistungsbereiche verlangen andere Qualifikationen und lösen erst einmal alle die arbeitsrechtlichen Regelungen, die für die Industriearbeiterschaft erkämpft wurden, in der Tendenz auf. Und sie bewirken neue Ungleichheiten zwischen hervorragend und sehr schlecht qualifizierten Dienstleistern, z. B. hoch bezahlten Juristen in Kanzleien, die internationales Wirtschaftrecht betreiben auf der einen Seite, gering entlohntem, wenig qualifiziertem häuslichem Dienstleistungspersonal auf der anderen Seite.

Globalisierung

Auch wenn Globalisierung zu einem Schlagwort geworden ist und für – fast – alle modernen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird, darf man ihre Wirkung hinsichtlich eines Machtverlusts der Nationalstaaten nicht unterschätzen. Vor allem durch internationale Kapital- und Arbeitsplatztransfers können sich große Teile der Volkswirtschaft staatlichem Zugriff entziehen. Die Regel der traditionellen Industriegesellschaft, dass Nationalstaaten die Ökonomie zwar fördern müssen, aber auch in die Pflicht nehmen können, verliert an Aktualität. Es bleibt die Notwendigkeit der Förderung bei deutlich reduziertem staatlichem Machtzugriff, zumindest so lange, bis internationale Vereinbarungen zur Wirtschaftspolitik getroffen sind – von solchen scheinen wir zurzeit aber noch denkbar weit entfernt zu sein.

Zusammenfassung der drei Megatrends „demographischer Wandel, Ökonomischer Wandel, Globalisierung“

Die drei Megatrends – demographischer Wandel, Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, Globalisierung – gefährden einen normativen Konsens, der die letzten Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg auch in der Stadtentwicklung geprägt hat – Ralf Dahrendorf bezeichnete ihn als den „sozialdemokratischen Konsens“. Will man den etwas polemischen Unterton dieser Formulierung vermeiden – der Konsens war Parteien übergreifend wirksam –, könnte man ihn wohl eher als „sozialstaatlichen Konsens“ bezeichnen.

In diesem Konsens werden drei Prinzipien, so Ralf Dahrendorf, normativ extrem hoch und positiv bewertet, und alle werden von den Megatrends in Mitleidenschaft gezogen: Gleichheit und umfassender Wohlstand für alle, staatliche Autonomie, Sozialverpflichtung der Wirtschaft. Ganz offensichtlich geraten durch einzelne Trends oder durch ihr Zusammenwirken alle drei Normen ins Wanken. Nimmt man noch die ökologische Herausforderung der Nachhaltigkeit hinzu, die mit dem „sozialstaatlichen Wachstumsmodell“ schwer kompatibel erscheint,

wird verständlich, warum Zukunft „nach oder jenseits des sozialstaatlichen Kompromisses“ eher als bedrohlich und nicht als befreiender Aufbruch zu neuen Ufern wahrgenommen wird. Zumindest bisher scheint es uns nicht zu gelingen, diese jenseits eines „sozialstaatlichen Konsenses“ liegende Politik und Stadtentwicklung in optimistische Visionen zu fassen, obwohl wir uns doch alle auch über die bedrückende Realität der Industriegesellschaft und eines eventuell allzu mächtigen, alle Details des Lebens regelnden Staates einig sind.

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit und zwingende Systematik sollen im Folgenden einige abgeleitete Trends zusammengestellt, also die Konsequenzen für die Stadtentwicklung der Zukunft gezogen werden. Ein Systematisierungsansatz, zumindest als Gliederungsprinzip, lässt sich erreichen, wenn man die Folgen der Megatrends jeweils für die verschiedenen Erscheinungsformen der Stadt zusammenstellt. Als „Stadt“ bezeichnen wir zuerst einmal die gebaute Form, die Stadt als gebaute Umwelt. Zum zweiten verstehen wir unter „Stadt“ oder dem „Städtischen“ bestimmte Lebensformen, die von den drei Trends betroffen sein werden. Und als drittes reden wir von der Stadt als politischer Institution, also von der „Gemeinde“ oder „Kommune“, die in Deutschland als „Institution lokaler Selbstverwaltung“ verfasst ist. Bevor jedoch die „Stadt der Zukunft“ nach dieser Gliederung dargestellt wird, soll auf ein neues Phänomen, eine neue Herausforderung eingegangen werden, die die Stadt in allen drei Dimensionen berührt, auf die Stadtschrumpfung.

Stadtschrumpfung

Suburbanisierung, also der Exodus großer Teile der Einwohner aus den Kernstädten ins Stadtumland, ausgelöst durch den Wunsch nach dem Einfamilienhaus, der dank großzügiger politischer Förderung leichter erfüllbar ist, Wanderungsbewegungen von wirtschaftlich schwachen in prosperierende Regionen und Bevölkerungsrückgang – dies alles führt zu einer beträchtlichen Herausforderung, auf die weder das gesamte kommunale und Landesplanungsrecht, noch die Modelle der Stadtentwicklung, ja auch nicht die Gesamtheit der professionellen Planer und die Stadtentwicklung eingestellt waren und sind: zum Phänomen der schrumpfenden Stadt. Bereits in den 1980er-Jahren kündigte sich Schrumpfung von Städten und Regionen an, aber bereits die Formulierung dieses Faktums galt als anstößig. Die deutsche Vereinigung drängte es dann etwas in den Hintergrund. Jetzt aber, 15 Jahre nach diesem politischen Großereignis, trifft es fast alle Städte der neuen Bundesländer, zunehmend aber auch vor allem die altindustriellen Regionen des Westens mit unvermittelter Wucht. Und in etwa 15 bis 20 Jahren wird Schrumpfung, also Rückgang der Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen, auch in den prosperierenden Zentren des Südens und Südwestens Deutschlands erwartet.

Da Einwohnerrückgang – sei es durch Umzug ins Umland, durch Abwanderung in andere Regionen, sei es durch Geburtenrückgang – regional und territorial ungleichmäßig erfolgt, bewirkt er in den betroffenen Städten, dass eher schwächere, schlecht ausgebildete und gering qualifizierte, vor allem aber ältere Einwohner zurückbleiben. Die Überalterung der deutschen Gesellschaft, die bereits durch den Geburtenrückgang hervorgerufen wird, wird durch Mobilität und Migration in der Schrumpfung also noch forciert. Schrumpfende Städte

sehen sich daher gezwungen, nicht nur ihren Wohnungsbestand durch Abriss zu reduzieren oder die überdimensionierten technischen Infrastrukturen umzubauen, sie müssten darüber hinaus auch die soziale Infrastruktur den neuen Bedingungen anpassen. Schrumpfung führt also für die Kommunen nicht zu finanzieller Entlastung, sondern zu neuen Belastungen, und dies bei rückläufigen Einnahmen, wie sie mit sinkenden Einwohnerzahlen unausweichlich verbunden sind. – Angesichts der schon zahlreich vorliegenden Forschungsbeiträge zur Stadtschrumpfung, kann auf Detailausführungen an dieser Stelle verzichtet werden, auch wenn in diesen Beiträgen Analysen des Phänomens „Schrumpfung“ dominieren, plausible Strategien der Bewältigung jedoch eher zurückhaltend formuliert werden. Da diese Strategien aber bei aller Unsicherheit, die sie begleiten, eine gewisse Distanzierung vom ökonomischen Wachstums- und Wohlstandsmodell enthalten, ist die Zurückhaltung der Politik nachvollziehbar, die sich vermutlich zu Recht aus der Propagierung solcher „Alternativen“ keine durchschlagenden Wahlerfolge verspricht.

Konsequenzen der Megatrends für die „gebaute Stadt“

(in Stichworten)

- Abriss/Rückbau vor allem in den schrumpfenden Städten anstelle von Neubau und Stadterweiterung; Modelle der „perforierten Stadt“ oder der „Siedlungsschollen“ anstelle einer baulichen Kontinuität der Stadt; Ersatz verdichteter Nutzungsformen durch Zwischennutzungen, positiv als Chance zum Abbruch minderwertiger Baustrukturen (alter, hoch verdichteter Geschosswohnungsbau) und dessen Ersatz durch schwächere Nutzungen, z.B. „das Einfamilienhaus in Zentrumsnähe“;
- Polarisierung der Stadtentwicklung in ein und derselben Stadt durch schrumpfende Stadtteile neben wachsenden oder stabilen Quartieren;
- Spaltung der Städte in wertvolle, „glanzvolle“ Quartiere und die Innenstadt einerseits, verfallende Teile andererseits (Beispiele hierfür in Großbritannien und den USA);
- aufwändige historische Rekonstruktionen in den glanzvollen Teilen, vor allem in den Zentren, zur Wahrung einer „städtischen Identität“ neben vernachlässigten Zonen an den alten Rändern oder in mittelperipheren Lagen;
- symbolische und juristische Privatisierung des öffentlichen Raumes, z.B. in den Innenstädten oder in gehobenen Wohnlagen (*gated communities*) neben zunehmend unsicheren und unkontrollierten Zonen (*no go areas*);
- Öffnung bislang privater Flächen (Industriebrachen) für die Öffentlichkeit, z. B. in Form neuer Grünanlagen auf ehemaligen Industriearealen, neuer öffentlicher Raum als urbaner „Möglichkeitsraum“,

- weitere Vermischung von Stadt und Land („Zwischenstadt“) durch anhaltende Suburbanisierung einerseits, flächigen Abriss in der alten Bebauung andererseits.

Konsequenzen der Megatrends für die „Stadt als Lebensform“ (in Stichworten)

Unter „Stadt als Lebensform“ sollen hier weniger die Phänomene urbaner Lebensweise verstanden werden, wie sie von den Klassikern der Stadtsoziologie Georg Simmel oder Hans Paul Bahrdt als „Blasiertheit und Intellektualisierung des Lebens“ (Simmel) oder als „Polarisierung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit“ (Bahrdt) herausgearbeitet wurden, sondern die sozialpolitischen Dimensionen, die das Leben der Stadtbewohner im „Sozialstaatlichen Konsens“ gekennzeichnet haben und die in Zukunft möglicherweise ins Wanken geraten könnten.

- Entstehung einer „neuen urbanen Unterklasse“ von nicht nur Benachteiligten, sondern auch „Ausgegrenzten“;
- Zunahme sozialer - nicht psychischer - Vereinzelung in Form von Einpersonenhaushalten ohne Familienangehörige im näheren oder weiteren urbanen Umfeld;
- Rekonstruktion gemeinschaftlicher Lebensformen auf freiwilliger, temporärer, situationsspezifischer Basis
- „Überalterung“: Anstieg der über 50-Jährigen auf die Hälfte der Einwohner - in einigen Städten, vor allem der neuen Bundesländer, schon absehbar;
- zunehmende Segregation, das heißt räumliche Trennung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet nach Stadtteilen und Quartieren;
- wachsende Ungleichheit in der Stadtbevölkerung bei einer Überlagerung materieller und kultureller Merkmale;
- steigende Zuwanderung mit einer Entwicklung von „reinen Migrantenquartieren“, in denen Deutsch nicht mehr die dominierende Alltagssprache darstellt;
- Entwicklung der Stadtgesellschaft zu einer „Multiminoritäten-Gesellschaft“ ohne kulturell oder quantitativ dominierende „deutsche“ Mehrheit;
- Zunahme kultureller und sozialer Konflikte;
- Verstärkung der Erlebnisorientierung der Stadtbevölkerung, die auf klar unterschiedlichen Niveaus der Unterhaltung und Stadtinszenierung bedient wird: Konsumwelten einerseits, hoch qualifizierte Kulturangebote und -einrichtungen andererseits.

Konsequenzen der Megatrends für die „Stadt als Institution“ (in Stichworten)

Bei „Stadt als Institution“ geht es um die Zukunft der lokal selbstverwalteten Kommune. Kommunale Selbstverwaltung stellt in Deutschland, wenngleich mit Unterbrechungen – zum einen während des Faschismus, zum anderen für die neuen Bundesländer auch in Zeiten der ehemaligen DDR – eine sehr alte Tradition dar, die bis auf die reichsunmittelbaren und Hansestädte der frühen Neuzeit zurückgeht. Derartige Traditionen lassen sich nicht über kurz oder lang beseitigen, eine zweifellos glückliche Begleiterscheinung historischer Trägheit. Zeithorizont und Tiefenwirkung der folgenden Trends scheinen also in diesem Punkt besonders unsicher zu sein, ganz im Sinne der Grenzen von Prognosen, wie sie anfangs skizziert wurden. Dennoch sind zumindest Trendvermutungen möglich und wichtig, und sei es nur, um ihnen, wie auch bei den Konsequenzen der Megatrends für die Stadt als Lebensform, rechtzeitig zu begegnen.

- Macht- und Bedeutungsverlust der Institution Kommune;
- Bedeutungsgewinn der Region als neue Ebene lokaler Selbstverwaltung, sei es als regionale Institution (harte Regionalisierung), sei es als vertragsgeregelte Verabredung zwischen einzelnen Kommunen (weiche Regionalisierung);
- Wandel der Kommune/Region von einer Leistungs- zur Gewährleistungsverwaltung;
- *governance* anstelle von *government*;
- anhaltende Übertragung staatlicher Aufgaben auf die lokale Selbstverwaltung bei gleichzeitiger Reduktion der freiwilligen Leistungen, zumindest bei Einschränkung der finanziellen Voraussetzungen, diese zu erfüllen;
- wachsende Bedeutung des Ehrenamtes und des bürgerlichen Engagements in der Politik und in einzelnen Leistungsfeldern (mit verstärkenden Folgen für soziale Ungleichheit, da in der Regel nur Einwohnergruppen mit höheren Einkommen und höherem sozialem Status die organisatorischen, materiellen und intellektuellen Voraussetzungen für effizienten, ehrenamtlichen Einsatz mitbringe, und da dieser Einsatz in Zukunft weniger in einem karitativen Sinn, sondern eher als „Selbstversorgung“ relevant werden wird). Vervielfältigung der lokalen und kommunalen Akteure.

Resümee

Die Stadt der Zukunft wird sozial ungleicher und baulich heterogener sein als die der Gegenwart oder der letzten Jahre und Jahrzehnte und sie wird über weniger politische Autonomie verfügen als bisher. Die normative Bewertung erscheint auf den ersten Blick eindeutig als nicht positiv. Aber man muss Heterogenität nicht nur als Ungleichheit sehen, kann sie auch als „Buntheit“ wahrnehmen, kann die Brüche in der Baustruktur etwa als „Möglichkeitsräume“ erkennen, in denen durch das Aussetzen von Marktmechanismen Unvorhergesehenes wachsen und entstehen kann, wobei Alternativen und Innovationen möglich sind, die unter dem Diktat von Markt und Bürokratie nicht gedeihen könnten. Und man kann selbst den Autonomie- und Machtverlust der Kommune als zwangsläufige Öffnung zum Bürger, als Ende selbstherrlicher Verwaltungsarroganz begrüßen, wie sie ja auch auf kommunaler Ebene manchmal bekannte Blüten getrieben hat. Es muss also gar nicht so sicher sein, dass die Perspektiven jenseits eines „sozialdemokratischen Konsenses“ nur bedrohlich wirken. Diese optimistischen Visionen zu finden, nahe gelegt durch eine „neue Unübersichtlichkeit“ und Unordnung, muss die Aufgabe von Kommunalpolitik, vor allem aber der Bürger in den deutschen Städten der Zukunft sein, bei allen Härten, die auf diesem Weg ohne Zweifel vor uns liegen.

Folgende Diskussionspapiere können Sie bei Bielefeld 2000plus gegen Erstattung der Druck- und Portokosten anfordern oder als pdf-Datei auf der Webseite von Bielefeld 2000plus unter www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/veroeffentlichungen.html beziehen:

Nr. 1:

Prof. Dr. Thorsten Spitta, 1997, Universität Bielefeld:
IV-Controlling im Mittelstand Ostwestfalens - Ergebnisse einer Befragung

Nr. 2:

Prof. Dr. Herwig Birg, 1998, Universität Bielefeld:
Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung Bielefelds im 21. Jahrhundert

Nr. 3:

Dr. Bernd Adamaschek, 1998, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh:
Zwischenbehördliche Leistungsvergleiche - Leistung und Innovation durch Wettbewerb

Nr. 4:

Prof. Dr. Hermann Glaser, 1998, Technische Universität Berlin, ehem. Kulturdezernent der Stadt Nürnberg:
Der ästhetische Staat - Arbeit und Arbeitslosigkeit, Tätigkeitsgesellschaft

Nr. 5:

Dipl.-Kfm. Ralf Wagner, Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, cand. rer. pol. Stephan Kerkojus, 1999, Universität Bielefeld:
Imageanalyse des Bielefelder Einzelhandels

Nr. 6:

Prof. Dr. Helge Majer, 1999, Universität Stuttgart:
Die Ulmer Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Wirtschaft

Nr. 7:

Prof. Dr. Franz Lehner, 1999, Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen:
Zukunft der Arbeit

Nr. 8:

Prof. Dr. U. Schulz, Dr. H. Kerwin, 1999, Universität Bielefeld:
Fahrradpotential in Bielefeld

Nr. 9:

Dr. Werner Müller, 1999, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:
Politische und administrative Rahmenbedingungen zur Stützung und Förderung der Biotechnologielandschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Nr. 10:

Dipl.-Soz. Katrin Golsch, 2000, Universität Bielefeld:
Im Netz der Sozialhilfe - (auf-)gefangen?

Nr. 11:

Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann, 2000, Universität Bielefeld:
Der deutsche Sozialstaat in international vergleichender Perspektive

Nr. 12:

Prof. Dr. Helmut Skowronek, 2000, Universität Bielefeld:
Universitäten heute

Nr. 13:

Prof. Dr. Werner Hennings, 2000, Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld:
Nachhaltige Stadtentwicklung in Bielefeld?

Nr. 14:

Prof. Dr. Joachim Frohn, 2000, Universität Bielefeld:
Umweltpolitik und Beschäftigungswirkungen

Nr. 15:

Einige Beiträge zur Stadtentwicklung. 2000, Universität Bielefeld

Nr. 16:

Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, Prof. Dr. Reinhold Decker, 2001, Universität Bielefeld:
Empirische Studie zu Einfluß- und Maßgrößen des Stadtmarketingerfolgs, Zwischenbericht

Nr. 17:

Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, Prof. Dr. Reinhold Decker, 2001, Universität Bielefeld:
Erfolgskontrolle im Stadtmarketing – Ergebnisse und Implikationen einer bundesweiten Studie

Nr. 18:

Carl Peter Kleidat, 2001, Universität Bielefeld:
Kontraktmanagement und Zieldefinitionen. Eine Untersuchung in der Kulturverwaltung der Stadt Bielefeld

Nr. 19:

Prof. Dr. Mathias Albert, 2001, Universität Bielefeld:
Globalität und Lokalität - Auswirkungen globalen Strukturwandels auf lokale Politik

Nr. 20:

Dr. Barbara Moschner, 2002, Universität Bielefeld:
Altruismus oder Egoismus - Was motiviert zum Ehrenamt?

Nr. 21:

Dr. Heinz Messmer, 2002, Universität Bielefeld:
Opferschutz in der Polizeiarbeit

Nr. 22:

Dr. Johann Fuchs, 2002, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg:
Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt

Nr. 23:

Dr. Markus C. Kerber, 2002, Fakultät für Wirtschaft und Management, TU Berlin:
Städte und Gemeinden: Motor der Investitionen - Randfiguren in der Finanzverfassung

Nr. 24:

Dr. Dieter Herbarth, Carl-Severing-Berufskolleg, Bielefeld, **Thorsten Echterhof**, AVA AG, Bielefeld, 2002: Basiskompetenzen für Berufsanfänger aus schulischer und unternehmerischer Perspektive

Nr. 25:

Prof. Dr. Fred Becker, 2002, Universität Bielefeld:
Erfolg = Leistung? Ein Missverständnis mit weit reichenden Folgen für Mitarbeiter, Unternehmen und Gesellschaft

Nr. 26:

Prof. Dr. Ulrich Schulz, Dr. Harmut Kerwien, Dipl. Soz. Nadine Bals, 2002, Universität Bielefeld:

Mit dem Rad zur Arbeit: für Gesundheit und Umwelt

Nr. 27:

Prof. Dr. Carsten Stahmer, Statistisches Bundesamt, 2002, Wiesbaden:

Fortschritt durch Rücksicht - Acht Thesen zur Nachhaltigkeit

Nr. 28:

Dipl.-Soz. Frank Berner, Prof. Lutz Leisering, 2003, Universität Bielefeld:

Sozialreform „von unten“ - Wie der Sozialstaat in den Kommunen umgebaut wird

Nr. 29:

Prof. Dr. Dieter Timmermann, 2003, Universität Bielefeld: Akademische Arbeitsmärkte zwischen Boom und Depression. Das Beispiel des Lehrerarbeitsmarktes

Nr. 30:

Prof. Dr. Marga Pröhl, 2004, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh: Kompass - Ein Projekt der Bertelsmann Stiftung zum Aufbau einer strategischen Steuerung der Stadtentwicklung für Kommunen

Nr. 31:

Prof. Dr. Ulrich Schulz, Friederike Zimmermann, 2004, Universität Bielefeld: Mit dem Rad zur Arbeit - Verkehrspsychologische Begleitung eines halbjährigen Projekts in Bielefeld im Jahr 2003

Nr. 32:

Thomas Fiebig, Stadtplaner, **Prof. Dr. Joachim Frohn**, Universität Bielefeld, **Jens-Peter Huesmann**, Stadtplaner, 2004, Bielefeld:

Stadtentwicklungsszenario „Bielefeld 2000+50 Jahre“ Status-Quo-Bericht, Stand: Juli 2004

Nr. 33:

Thomas Fiebig, Stadtplaner, **Prof. Dr. Joachim Frohn**, Universität Bielefeld, **Jens-Peter Huesmann**, Stadtplaner, 2004, Bielefeld:

Das Projekt „Bielefeld 2050“ - Visionen und Perspektiven für eine Stadt, Vortrag am 14. Juli 2004

Nr. 34

Prof. Dr. Claudia Hornberg, 2004, Universität Bielefeld:

Problemfelder der Umweltmedizin

Nr. 35:

Dr. Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik, 2004, Berlin:

Die Zukunft der deutschen Stadt: Schrumpfung oder Wachstum?